

ENTSCHLIESSUNG ÜBER

DIE GUTE PRAXIS FÜR STAATEN IM ZUSAMMENHANG MIT PRIVATEN MILITÄR- UND SICHERHEITSUNTERNEHMEN

1. Feststellend, dass sich die staatliche Rolle bei der Gewährleistung der Sicherheit seit Anfang der 1990er Jahre verändert hat, wobei bestimmte traditionelle Aufgaben der öffentlichen Sicherheit nun auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene an private Militär- und Sicherheitsunternehmen delegiert werden,
2. unter Hinweis auf den OSZE-Verhaltenskodex von 1994 zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit auf der Grundlage des wesentlichen normativen Dokuments FSC.DEL/29/15 über die Rolle der Streit- und Sicherheitskräfte in demokratischen Gesellschaften,
3. erfreut über die Aufnahme eines strukturierten Dialogs über die aktuellen und künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen und Risiken im OSZE-Raum nach Maßgabe des Dokuments MC.DOC/4/16,
4. unterstreichend, dass Staaten, die mit privaten Militär- und Sicherheitsunternehmen zusammenarbeiten, ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen beibehalten,
5. eingedenk dessen, dass die Staaten verpflichtet sind, durch nationale Rechtsvorschriften dafür zu sorgen, dass private Militär- und Sicherheitsunternehmen, die in ihrem Hoheitsgebiet oder von diesem aus tätig sind, im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem Völkergewohnheitsrecht handeln,
6. hervorhebend, dass es das Montreux-Dokument über einschlägige völkerrechtliche Verpflichtungen und Gute Praktiken für Staaten im Zusammenhang mit dem Einsatz privater Militär- und Sicherheitsunternehmen in bewaffneten Konflikten gibt,
7. mit Befriedigung feststellend, dass die OSZE und einige ihrer Teilnehmerstaaten dem Montreux-Dokument beigetreten sind,
8. Kenntnis nehmend von der jüngsten Entwicklung innovativer internationaler, viele Akteure einbeziehender Initiativen, die sicherstellen sollen, dass der private Sicherheitssektor die Verpflichtungen aus den internationalen Menschenrechtsnormen und dem humanitären Völkerrecht einhält, wie beispielsweise die International Code of Conduct Association,
9. besorgt darüber, dass die private Sicherheitsindustrie nicht systematisch einer angemessenen demokratischen Kontrolle auf nationaler Ebene unterzogen wird,
10. mit dem erneuten Ausdruck der in ihrer Erklärung von Baku 2014 formulierten Sorge, dass das Fehlen eines konkreten Rahmens zur Steuerung privater Militärunternehmen und privater Sicherheitsunternehmen und die mangelnde parlamentarische Kontrolle dieser Unternehmen die grundlegendste Rolle der Parlamente einschränken,
11. besorgt über die Stellvertreterrolle privater Militärunternehmen bei der Eskalation von Konflikten im OSZE-Raum,

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE:

12. fordert die Teilnehmerstaaten auf, das Thema private Militär- und Sicherheitsunternehmen im Rahmen eines strukturierten Dialogs als wichtige Herausforderung und Gefahr für die Sicherheit im OSZE-Raum zu erörtern;
13. fordert die Teilnehmerstaaten auf, im Rahmen des Informationsaustauschs über den Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit freiwillige Informationen über private Militär- und Sicherheitsunternehmen bereitzustellen;
14. fordert die Teilnehmerstaaten auf, ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen, auch in Fällen, in denen sie private Militär- und Sicherheitsunternehmen mit der Durchführung bestimmter Tätigkeiten beauftragen;
15. erinnert die Teilnehmerstaaten darán, dass ihr Recht, Tätigkeiten an private Militär- und Sicherheitsunternehmen zu vergeben, bestimmten Beschränkungen unterliegt, vor allem in Bezug auf die Überwachung von Kriegsgefangenenlagern und Orten, an denen Zivilpersonen interniert sind;
16. fordert die Parlamente nachdrücklich auf, auf der Grundlage bestehender internationaler Normen Rechtsvorschriften zur wirksamen Regulierung der Aktivitäten privater Sicherheitsunternehmen zu erarbeiten;
17. fordert die Parlamente auf, ihre Befugnisse in Bezug auf die Privatisierung von Sicherheitsdiensten, die demokratische Kontrolle und die Regulierung der privaten Sicherheitsindustrie zu stärken;
18. empfiehlt den Parlamenten der Teilnehmerstaaten, die das Montreux-Dokument noch nicht unterstützen, es stärker ins Bewusstsein zu rücken und ihren jeweiligen Regierungen nahelegen, den Beitritt zum Montreux-Dokument zu erwägen.